

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Vertündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit,“ Zusußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Peltzelle oder deren Raum berechnet

Der Kettenhandel und seine Bekämpfung.

Im Verlaufe des Krieges hat sich im Gebiete des Zwischenhandels eine Erscheinung bemerkbar gemacht, die wir in Friedenszeiten höchstens als Ausnahme gefasst haben. Es schloß sich nämlich zwischen den Erzeugern einer Ware und ihren Verbrauchern außer den bereits früher vorhandenen Zwischenhändlern noch neue Personen ein, die, weil sie nicht zu der Verbesserung der Ware oder zu ihrem beschleunigten Absatz beitragen, wirtschaftlich zwecklos und schädlich sind, da sie durch einen völlig unberechtigten Ausschlag von Umsätzen und Gewinn die Ware lediglich verteuern. Für diese Erscheinung hat man die Bezeichnung Kettenhandel geprägt, weil diese schmaroberhaften Zwischenhändler gewissermaßen eine Kette bilden, so daß die Ware ganz unmittelfach durch mehrere Hände gehen muß, ehe sie an ihren Bestimmungsort gelangt. In normalen Zeiten waren im freien Handel verschiedene Personen nötig, um die Verbindung zwischen Erzeugung und Güterverbrauch herzustellen. Da war der Aufkäufer, der die Erzeugnisse bei den Produzenten einnahmelt; da war der Großhändler, der die Waren aufspeicherte und sie durch Makler, Agenten usw. an die Kleinhandlung absetzte. Lieferfähige Zwischenhändler hatten keinen Zweck und wurden abgemerkt. So blieb es auch noch in den ersten Kriegsmomenten. Es lag im Interesse der Produzenten und Händler, die vorhandenen Waren möglichst schnell umzusetzen und den höchsten erreichbaren Preis herauszuschlagen. Durch die Festsetzung von Höchstpreisen wurde dies Verfahren nur noch befristet; denn es lag keine Veranlassung vor, den Weg vom Warenproduzenten bis zum Warenkonsumenten zu verlängern und überflüssigen Personen einen Teil des nach oben hin beschränkten Gewinnes abzugeben.

Das wurde anders, als für die Waren des freien Verkehrs, die keinen Höchstpreisen unterlagen, das Aufschlagen eines übermäßigen Gewinnes verboten wurde. Jetzt ergab sich die Möglichkeit, dies Gesetz dadurch zu umgehen, daß Zwischenhändler eingeschoben wurden, die sich gegenwärtig einen „angemessenen“ Gewinn zuschlagen. Die Anwesenheit an Lebensmitteln, die Notwendigkeit für das Publikum, unter allen Umständen und zu jedem Preise Waren beschaffen zu müssen, und endlich die Verunsicherung an höherer Preise wirkten zusammen, um eine Erscheinung aufkommen zu lassen, die darauf hinausläuft, die Verbraucher gemeinsam auf schmutzige auszubeten, ohne daß der einzelne Händler straflos für sich ist. Dies brachte man dadurch fertig, daß der eine Händler, nachdem er seinen angemessenen Gewinn eingeholt hatte, die Ware an einen Kollegen weiterverkauft, der wiederum seinen Gewinn einbrachte und sie dann weiterverkauft. Nehmen wir an, daß an einer solchen Kette zehn Zwischenhändler beteiligt sind, von denen jeder einzelne 10 pSt. Gewinn aufschlägt, so wird hierdurch eine Ware, die einen Einkaufspreis von M. 1000 hat, auf M. 2383 hinausgetrieben, also schimmer veräuert, als durch einen einzelnen Preiswucherer. Natürlich arbeiten sich diese Kettenhändler nach dem Grunde, daß die eine Hand die andere Hand wäscht, gegenseitig in die Hände, indem sie sich wechselseitig Nutzen von Waren zuschieben.

Daß dies kein Phantasiegebilde ist, sondern traurige Wirklichkeit, ist in zahlreichen Fällen allernäher festgelegt worden. Es drängen sich heutzutage zahlreiche Beispiele in den Lebensmittelhandel ein, die niemals etwas damit zu tun gehabt haben und auch nichts davon verstehen, denen aber die Gelegenheit günstig erscheint, mit leichter Mühe Gewinne einzuflechten. Ein Beispiel aus Mitteldeutschland, das kürzlich aufgedeckt wurde, möge dies erläutern. Ein Importeur bezieht aus Dänemark 600 Zentner gepökeltes Rindfleisch und verkauft die Ware zu M. 1,25 das Pfund an einen Regiermeister, der die Ware durch Vermittlung eines Kaufmanns, der vor dem Kriege mit Gewürzen handelte, weiterverkauft. Der Importeur bekommt M. 1200 Provision, und die Ware geht zum Preise von M. 2 das Pfund an einen Großhändler über, der sie zu M. 2,30 das Pfund an einen früheren Kaufhändler weitergibt. Ein Agent, der

den Käufer nachgewiesen hatte, bekommt M. 1160 Provision, und die Ware wird zu M. 2,60 an einen Großhändler in Norddeutschland verkauft. Ein schließlich weiterer Espejen kostet das Fleisch, das noch immer im Kühlhause lagert, nur mehr M. 2,78 das Pfund und geht zum Preise von M. 3 das Pfund an einen Agenten in Kiel über, der es für M. 3,15 das Pfund an das Lebensmittelamt einer norddeutschen Stadt verkauft, von wo aus es dann endlich an die Verbraucher übergeht. Diese sämtlichen Geschäfte, an denen nicht weniger als elf Zwischenhändler beteiligt sind, die im ganzen M. 66 200 daran verdienen, haben sich immerhalb einer Woche vollzogen, während das Fleisch ruhig im Kühlhause lagerte. Die Zwischenhändler haben also M. 66 000 eingesetzt, ohne dafür irgendeine notwendige Arbeit zu leisten.

Ähnliche und noch schlimmere Beispiele lassen sich in Gütle und Fülle aufzählen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die weitaus meisten dieser Geschäfte in solch raffinierter Weise gemacht werden, daß sie nur mit großen Schwierigkeiten zu ermitteln sind. Eine Klarung dieses Kettenhandels ist der Scheitelpunkt mit Waren, die auf Scheitelpunkten in den Verkehr gebracht werden, und die Spekulation, die darin besteht, daß ein Konjunkturalist, der sich zum Zwecke des Wuchers zusammengetan haben, Waren aufspeichert, die noch irgendwo lagern, diese Waren kauft, sich gegenseitig und wechselweise zuschiebt und endlich zu den unerschämtesten Preisen verkauft. Kaufende von Menschen steden auf diese Weise ungeheure Gewinne ein und leben herrlich in den Freuden, während das Publikum über die hohen Preise schimpft, die es aber gänzlichlosig bezahlen muß. Daß ein solches Treiben volkswirtschaftlich im höchsten Grade schädlich wirkt und die Not unseres Volkes auf die Spitze treibt, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Gegenüber dem Kettenhandel haben bislang alle Kriegsgesetze verfehlt, und auch die bundesrätliche Verordnung vom 24. Juni 1916 über den Kettenhandel mit Lebens- und Futtermitteln hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Ebenso hat die Konzeptionspflicht im Lebensmittelhandel das Schiebegericht nicht auszuweiten vermocht, weshalb schärfere Maßregeln nötig sind. Zunächst ist eine genaue Prüfung des Zwischenhandels erforderlich, um den Weg zu ermitteln, den eine Ware vom Erzeuger zum Verbraucher genommen hat. Es muß verlangt werden, daß der Kaufmann nicht einfach von jedem Unbekannten Waren kauft und sie mit einem möglichst hohen Aufschlag an jeden beliebigen Unbekannten weiterverkauft, ohne sich um ihre Herkunft und ihren Preis zu kümmern. Dadurch soll verhindert werden, daß Waren lediglich zum Zwecke der Verteuerung hin und her geschoben werden. Sodann wird es nötig sein, den Erlaubniszwang für den Groß- und Zwischenhandel mit Lebensmitteln schärfer als bisher durchzuführen und unangenehme Personen unbedingt davon fernzuhalten. Auch muß das Vorziehen von Strohmännern unmöglich gemacht werden. Ferner muß das Inverkehrbringen in den Zeitungen scharf überwacht werden, damit die Verbindung zwischen den verschiedenen Lebensmittelwucherern unterbunden wird. Endlich muß mit den schärfsten Strafen gegen die Auswüchse des Zwischenhandels vorgegangen werden, wobei besonders darauf Gewicht zu legen ist, daß der Wiederaufkauf von Waren und das reine Differenzgeschäft unmöglich gemacht werden. Zu dem Zwecke empfiehlt sich die Errichtung von Kriegswuchererkämtern in allen Bezirken, in denen kaufmännische Sachverständige und juristisch gewandte Personen Hand in Hand arbeiten, um die Kettenhändler zu entlarven, zu überführen und der Bestrafung auszuliefern. Kurz gesagt, es muß alles geschehen, um den Kettenhandel, diesen Krebsgeschwür am Mark unseres Volkes, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß die Not unseres Volkes weitergeschoben, gewissenlosen Elementen als eine Quelle der Bereicherung dient. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Mithilfe aller Volksgenossen, die noch Ehre in Liebe haben, denen das Allgemeinwohl höher steht als ihr Geldbeutelinteresse.

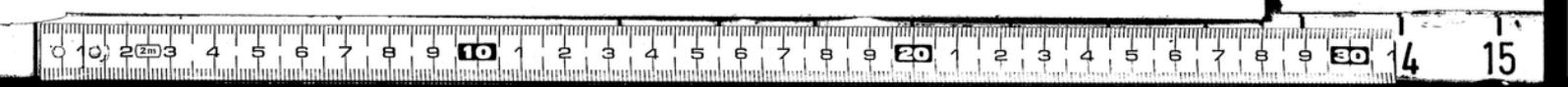
Der Bauarbeiterschutz in Bayern während des Krieges.

In der kommenden Zeit verlangt der Bauarbeiterschutz schon aus bevölkerungspolitischen Gründen, dringend die ernsthafte Förderung und die vorurteilslose Behandlung durch alle maßgebenden Kreise. Die nervöse Unzulänglichkeit, mit der früher jede kritische Zustände behandelt wurde, muß aufhören. Maßgebend für die Arbeiter wie für die Behörden darf allein die Frage sein: Was dient und nützt dem deutschen Volke und was fördert seine geistig-sittliche Entwicklung? Es ist kein Zweifel, daß der Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiterklasse das höchste Ziel vorzunehmen wird, ist es darum Pflicht der Landeszentralbehörden, Berufsvereinigungen und auch der einzelnen Unternehmer und Arbeiter sowie deren Verbände auf einen besseren Schutz der Bauarbeiter hinzuwirken. Das gilt auch für Bayern, wo der Arbeiterschutz früher fast rückständig gewesen ist. Wie in ganz Süddeutschland, bedurfte es auch dort jahrelang außerordentlicher Anstrengungen, um die Eins- und Absturzfatastrophen bei Bauten einzudämmen und einen besseren Schutz der Bauarbeiter herbeizuführen. Das ist nicht, wie wiederholt behauptet worden ist, auf die Kriegsgläubigkeit und auf den starken Wiergenuß zurückzuführen, sondern vor allem auf die lange anhaltende Gleichgültigkeit der Bauarbeiter gegenüber einem ausreichenden Schutz und einer starken Organisation; und auch auf den Herrenstandpunkt der bayerischen Unternehmer und die Rücksichtslosigkeit der dortigen Betriebsräte. Erst mit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen und deren Erziehungsarbeit wurde es langsam besser. Gleichzeitig muß bei den Behörden und den Berufsvereinigungen die Erkenntnis von der Bedeutung eines besseren Arbeiterschutzes. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß der Bauarbeiterschutz in Bayern jetzt ausreichend sei.

Nach dem amtlichen Zahlenmaterial hatte die Ziesbau-Berufsgenossenschaft im Jahre 1914 93,23 und die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft 86,48 gemeldete Unfälle auf je 1000 Vollarbeiter. Das sind im deutschen Baugewerbe die höchsten Zahlen. Das gleiche läßt sich auch für die einschlägigen Unfälle von 1914 feststellen, wo neben der württembergischen mit 17,89 die bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 15,69 Unfällen auf je 1000 Vollarbeiter wieder an erster Stelle steht. Dabei ist zu beachten, daß die letzten Zahlen für Bayern schon eine Besserung bedeuten. Im Jahre 1902 hatten die einschlägigen Unfälle mit 21,12 den höchsten und dann bis zum Schlusse des Jahres 1906 mit 12,19 den niedrigsten Stand erreicht, um sich dann von Ende 1909 wie folgt zu entwickeln: 1910 14,42, 1911 15,79, 1912 15,36, 1913 16,20 und 1914 15,69. Zu dem bescheidenen Rückgang dieser Unfälle hat auch das Fortschreiten des ärztlichen Heilverfahrens beigetragen. Das kommt auch überzeugend in den Zahlen der Arbeitsunfällen zum Ausdruck. Diese Zahlenstände ist hoch interessant und zeigt das ganze Baumängel in Bayern. Im Jahre 1897 hatte die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft 138, 1898 147, 1899 146, 1900 135, 1901 125, 1902 92, 1903 90, 1904 98, 1905 80, 1906 90, 1907 106, 1908 86, 1909 90, 1910 83, 1911 90, 1912 67, 1913 74 und 1914 49 Arbeitsunfälle. Von diesen kamen auf je 1000 Vollarbeiter 1897 1,82, 1898 1,70, 1899 1,57, 1900 1,50, 1901 1,54, 1902 1,16, 1903 1,13, 1904 1,33, 1905 0,72, 1906 1,15, 1907 1,22, 1908 1,01, 1909 1,04, 1910 0,90, 1911 0,92, 1912 0,72, 1913 0,89, 1914 0,77.

Für 1915 liegen noch dem berufsgenossenschaftlichen Bericht nur die absoluten Zahlen vor. Danach waren 2790 (1914 5521), darunter 626 (1914 1002) einschlägige Unfälle gemeldet. Hierzu wird im Bericht gesagt: „Die Abnahme der Zahlen der gemeldeten und einschlägigen Unfälle erklärt sich ohne weiteres aus dem infolge des Krieges weiter eingetretenen Zurückgehen der Bauaktivität. Dabei hat aber unter Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades (im Verhältnis zu der Zahl der Vollarbeiter) die Unfallszahl gegenüber den Vorjahren eher zu als abgenommen. Insbesondere ist eine Zunahme der schweren Unfälle zu verzeichnen.“ Bei alledem darf nicht veressen werden, daß bei den Baumängeln in Bayern auch noch die Ziesbau-Berufsgenossenschaft und für die Eisenbauten die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften mit in Frage kommen, worüber ein übersichtliches Material nicht zur Verfügung steht.

des.
eige
in 1918,50
ovrl 80,55,
Nain 500,
ng: Glin
erhand.
Ernst
ren an
eb das
er von
hären
er) im
hann
ähren
bert
ungen
hliged
ähren
Rollege
ähren
Rollege
er von
rno
er von
ebur
kurren)
- Um
hann
u im
- Um
agust
ähren
hliged
hliged
Alter
hann
er von
a bei
hliged
von
hliged
ähren
unser
hliged
unfer
im
Rollege
b a ch
hliged
er von
hann
an
unfer
er von
ebur
nski
Gery
Rollege
e von
ebur
nske
einn.
Paul
ähren
hliged
er von
b a ch
onant
hliged
ähren
unfer
e d -
Rollege
hliged
Alter
b und
aus
ungen-
es und
hliged
Alter
hliged
an
Aug.
en an
hliged
an um
mbur



Für die Wahrnehmung des Arbeiterschutzes kommen außer der städtischen Baupolizei die Bautechniker der Bezirksämter und der technische Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften in Betracht. Im übrigen sind auf Grund einer Ministerialverfügung in Bayern auch die Gewerbeaufsichtsbeamten beauftragt, zum Zweck des Arbeiterschutzes Bauten zu beaufsichtigen. Die Aufsicht der letzteren Beamten hat aber wohl schon wegen ihrer Zahl und ihren vielseitigen Aufgaben keine Bedeutung. Wie aus dem Bericht des Landesgenossenschaftsaufsichters zu ersehen ist, beschränkt sich diese Aufsicht auf den Schutz der Arbeiter und der Arbeiterinnen vor Verletzungen und zur Durchführung der Bundesratsverordnung vom 1905, betreffend Kleinarbeitsverhältnisse, und zur Durchführung des Schutzes für Steinbauern nach den Bundesratsverordnungen von 1902 und 1909.

Am Schlusse des Jahres 1916 waren in Bayern 40 Personen im Gewerbeaufsichtsdienst tätig. Bis zum Jahre 1900 war die Organisation des baupolizeilichen Aufsichtsdienstes nach jeder Richtung ungenügend, und darunter mußte besonders der Arbeiterschutz leiden. Das erkannte die Regierung und versuchte durch die bekannte Ministerialverfügung im Jahre 1901, wonach den Bezirken und den Gemeinden das Recht gewährt wurde, Bauaufsichter aus dem Arbeiterstande bei den Bezirken und Baupolizeiamt anzustellen, eine Reform zu ermöglichen. Bei dem Mangel einer obligatorischen Verpflichtung und der Gegenwehr des Unternehmers haben es die amtlichen Stellen bis jetzt nicht möglich gemacht, der Verfügung nachzukommen. Nach einer Erhebung der Bayerischen Bauergewerkschaften kamen am Schlusse des Jahres 1910 zur Wahrnehmung des Arbeiterschutzes mit den 11 technischen Aufsichtsbeamten der vorgenannten Berufsgenossenschaft insgesamt 350 technisch gebildete Personen und 42 Baupolizeibeamte aus dem Arbeiterstande in Frage. Die Tätigkeit dieser Baupolizeibeamten darf deshalb nicht überschätzt werden, dazu sind ihre Befugnisse zu begrenzt und die Zahl viel zu gering. Nach den Erklärungen des Herrn Staatsministers v. Soben am 20. November 1916 im bayerischen Landtag waren bis zu der Zeit 65 Baupolizeibeamte baupolizeilich angestellt. Diese Kontrolleure dienen auch vielfach dazu, die Bauämter vom Arbeiterschutz zu entlasten. In der Ausführung passieren, nebenbei bemerkt, nach dem baupolizeilichen Bericht auch noch recht arge Mißgriffe. So ist sogar in einem Bezirksamt ein sogenannter Wegmacher, der vorher Schuhmacher war, als Baupolizeibeamter angestellt worden. Wie von berufsgenossenschaftlicher Seite weiter mitgeteilt wird, sind die Bezirksämter und Gemeinden 1912 und 1914 ministeriell angewiesen worden, mehr Baupolizeibeamte anzustellen und diese mehr auf dem platten Lande zur Tätigkeit kommen zu lassen. Nach den Verfügungen des Reiches und des Kriegesministeriums im Jahre 1909 ist diesen Baupolizeibeamten auch ein beschränktes Recht zugesprochen, die Staatsbauten zu beaufsichtigen. Es muß anerkannt werden, daß sich die geringe Zahl dieser Kontrolleure durch regen Eifer und Lastraff ernstlich ersetzt hat, etwas zu leisten.

Der Krieg ist jedenfalls nicht dazu angetan, die Zustände bei den Bauten zu bessern. Das ergibt sich aus den Berichten an die Sozialpolitische Abteilung der Generalcommission, den Berichten in der Fachpresse sowie aus berufsgenossenschaftlichen Berichten. Wie im übrigen Deutschland, so ist in der überproportionalen Zahl der bayerischen Orte die Bauartigkeit zurückgegangen oder vollständig zum Stillstand gekommen. Ein recht interessantes Bild wird hierüber in den Berichten der bayerischen Bauberufsgenossenschaft für 1914 und 1915 entworfen. Danach betragen die der Umlageberechnung zugrunde liegenden Löhne in den Jahren 1912 M. 106 918 099, 1913 M. 98 776 408, 1914 M. 77 620 588 und 1915 M. 43 109 087. Einzelne Kreise wiesen einen Rückgang von annähernd 60 pSt. auf, während die übrigen Kreise einen solchen von 50 pSt. und darüber haben. Mehr als zwei Fünftel sämtlicher nachweislich tätiger Mitglieder (6548 von 15 974) haben freigelegenen eingereicht oder wurden auf Grund der Erhebungen nach solchen eingeschickt, waren also beschäftigungslos. Ein großer Teil hiervon entfällt auf Kriegsteilnehmer. Von der Beschäftigungslosigkeit waren hauptsächlich die mittleren und kleinen Betriebe betroffen, während die größeren durch Heeresaufträge zum Teil gute Beschäftigung hatten. In einer Anzahl von Orten herrschte eine rege Tätigkeit durch den Bau von Munitionswerten, Eisenbahnbauten, Fabriken usw. Nach einzelnen Gemeinden und der Staat lassen größere Gebäude, Schulen und Kanalisationsarbeiten ausführen.

Um das Land wirtschaftlich vorwärts zu bringen und steuerleistungsfähiger zu machen, drängt die bayerische Regierung schon seit Jahren zu einer größeren Entwicklung der Industrie. Dadurch beginnt jetzt in Bayern ein 3 e i t l i c h e s A u s w i r k u n g s f e h l e n mit allen Nachteilen für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Unsere dortigen Kollegen haben deshalb vor neuen Aufgaben. Die leitenden Persönlichkeiten der Bauarbeiterverbände in Bayern haben schon an den bisherigen Kriegsbauten möglichst schufördernd gewirkt. Das war um so mehr erforderlich, als auf den Bauten viele ältere Arbeiter und Jugendliche, die oft unorganisiert sind und denen Erfahrungen fehlten, verwendet wurden. Auch Frauen werden in nicht geringer Zahl beim Materialtransport beschäftigt. Neben verschiedenen Schutzunterlösungen wird vielfach über ungenügende Kantinenverhältnisse geklagt. In den größeren Orten, wie München, Nürnberg, Hof usw., ist die gegenbringende Arbeit der Bauarbeiterbeschäftigungskommissionen offensichtlich. Im Zusammenhang damit kommt auch die Tätigkeit der städtischen Baupolizeibeamten zur wahrnehmbaren Wirkung.

Allen Städten voran steht M ü n c h e n, wo zehn Baupolizeibeamte angestellt sind. Ueber deren Tätigkeit gibt die Bauarbeiterbeschäftigungskommission in den Berichten des Gewerkschaftsvereins von München für 1914 und 1915 eine Dar-

stellung. Die vorhandenen und zu kontrollierenden Bauteilheiten beliefen sich 1914 auf 3529 und 1915 auf 1971. Außerdem wurden 1914 1509 Dachreparaturen, 74 Abbrüche, 1078 Patentgerüste (Seitengerüste usw.), 1915 1730 Dachreparaturen, 84 Abbrüche und 865 Patentgerüste durch die städtischen Baupolizeibeamten beaufsichtigt. Dazu waren 1914 4888 und 1915 3390 Bauhandlungen wegen Verletzungen bei Gerüsten, Baumgabeln, Unterlaufstrahlen usw. im Sinne der oberpolizeilichen Vorschriften vom 21. August 1909 festgestellt. Von den zehn Baupolizeibeamten waren am Schlusse des Jahres 1915 drei zum Heeresdienst einberufen, so daß für 1916 nur noch sieben für den Dienst in Betracht kommen. Wieviel sonst von den 65 baupolizeilichen Kontrolleuren und von den Amtsdienstleistungen in Bayern Heeresfolge haben leisten müssen, ist öffentlich nicht bekanntgeworden. Der Erfolg in München zeigt, daß der baupolizeiliche Aufsichtsdienst in Bayern nach den Beschlüssen der vierten Bauarbeiterbeschäftigungskommission von 1911 dahingehend reorganisiert werden muß, daß die Anstellung von Baupolizeibeamten aus dem Arbeiterstande nach den Vorschriften der Gewerkschaftsorganisationen zur obligatorischen Pflicht gemacht wird.

Anerkennend muß hier ausgesprochen werden, daß sich in den letzten Jahren auch die bayerische Bauarbeiterbeschäftigungskommission ernstlich bemüht hat, auf dem Gebiete der Unfallverhütung und der Bautenüberwachung wirksam zu arbeiten. Ganz besonders verdient die ohne Rücksichtnahme in den Berichten

Am 3. März ist der 9. Verbandsbeitrag in diesem Jahre fällig.

über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten sich geltend machende Verhältnisse des mangelnden Schutzes bei den Baubetrieben eine Würdigung. Angeregt durch das von der Regierung geschaffene Museum für Arbeiterminderheitsleistungen, welches 1901 eröffnet wurde, werden darin die Unternehmer und Bauleiter durch Zeichnungen und bildliche Wiebergabe von guten und schlechten Gerüsten usw. zur besseren Unfallverhütungsbildung erzogen. Die im zweiten Teil dieser Abhandlung beigefügten Abbildungen sind diesen Berichten entnommen. Zu einem derartigen Vorgehen hat die Berufsgenossenschaft auch ein starkes materielles Interesse; denn allein der katastrophale Massenunfall des Eisenbetonbauwerkes am Großstrafwerk Franken bei Nürnberg vom 2. August 1912 mit 9 Toden und 71 Verletzten wird schätzungsweise für Heilverfahren, Renten usw. M. 100 000 Kosten verursacht. Vom Jahre 1899 bis Ende 1915 hat die Berufsgenossenschaft die Zahl der Aufsichtsbeamten von 2 auf 18 vermehrt und die jährlichen Ausgaben für die Betriebsüberwachung von M. 9464 bis Ende 1914 auf M. 74 867 erhöht. Für 1915 sind hierfür rund M. 68 652 ausgegeben worden. Je von diesen Beamten sind im Laufe der Kriegsjahre 1914 und 1915 zum Heeresdienst einberufen worden, so daß nur noch acht zur Beschäftigung verbleiben. Die Einberufung so vieler Angehörigen hat die Geschäftsbildung der Berufsgenossenschaft ganz außergewöhnlich nachteilig beeinflussen müssen; denn etwa 60 pSt. der männlichen Personen sind eingezogen, und bis Schlus 1915 waren davon sechs Angestellte gefallten.

Höherer Lohn zur Behebung des Arbeitermangels.

In seinem Artikel im „Grundstein“ Nr. 8 „Das Baugewerbe im Hilfsdienst“ unterjocht Kollege Wendler-Gelsenkirchen die Ursache des Mangels an Arbeitskräften im Baugewerbe und kommt zu dem Schluß, daß die stärkste Wirkung bei der Behebung der Bauarbeiterbeschäftigungslücke durch die Erhöhung der Bauarbeiterlöhne zu erwarten ist. Damit hat Kollege Wendler den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch in Sachsen, im Bereich des XII. Armeekorps, ist die private Bauwirtschaft teils verödeten, teils wesentlich eingeschränkt worden. Die freigegebenen Arbeitskräfte sind aber nicht allenfalls auf Heeresbauten in Arbeit getreten, was der Zweck der Einziehung sein sollte, sondern sie haben in der Munitionsfabrikation oder in sonstigen Betrieben besser bezahlte Arbeit angenommen. Sie arbeiten zwar in Betrieben, die der Landesverteidigung dienen, gehen aber dem Baugewerbe verloren. Und der noch im Baugewerbe verbleibenden, vor allem der auf Heeresbauten beschäftigten Bauarbeiter hat sich in letzter Zeit wegen zu geringer Entlohnung eine ziemliche Erbitterung bemächtigt. Die Entlohnung wendet sich zunächst nicht gegen die wirklich Schuldigen, die Unternehmer und Arbeitgeberverbände, die jede Lohnerhöhung hintertrieben, sondern gegen die Organisationsleitungen der Arbeiter, die noch Meinung der Kollegen im vorigen Jahre eine zu geringe Teuerungszulage vereinbart haben. Man läßt dabei vollständig außer Betracht, daß die Arbeitervertreter durch gar nicht möglich konnten, daß die der Krieg noch über das Jahr 1916 hinaus hinzuziehen und daß die Teuerungszulage noch eine viel kräftigere Form annehmen würden. Andererseits mußte schon damals alle Nebengewandtheit aufgegeben werden, um die Unternehmervertreter durch der Notwendigkeit einer den Teuerungszulagen auch nur halbwegs entsprechenden Lohnzulage zu überzeugen. Wozu gibt es bereits einschichtige Unternehmer, die einen etwas höheren Lohn zahlen, andere errufen, sie würden gern mehr zahlen, aber die hierfür nicht. Darum ist es jetzt höchste Zeit, daß die Löhne, trotz

der betragsreichen Vereinbarungen vom vorigen Jahre, mit den heutigen Lebensverhältnissen einigermaßen in Einklang gebracht werden.

Sollten die Unternehmervertreter wieder mit dem Einwand kommen, den Arbeitern seien die Lebensmittelrationen zugemessen und sie seien bei höherem Verdienst gar nicht in der Lage, mehr Lebensmittel zu erhalten, so beweist die rauhe Wirklichkeit doch etwas anderes. Noch heute gibt es Gelegenheiten, hier und da Fleisch, Geflügel, Wild oder Konserven kaufen zu können; die Fleischmärkte reichen wohl zu, aber die Warmmittel nicht. Will der Arbeiter trotzdem sich und seine Familie vor Krankheit infolge Unterernährung schützen, so muß er den letzten Sparpfennig anwenden, falls er einen solchen besitzt, und muß solche Lebensmittel ohne Rücksicht auf den Preis von Zeit zu Zeit doch einmal kaufen. Der weniger Glückliche, der keine Gelegenheit hat, muß zusehen, wie seine künftigen Kinder mehr und mehr dem Stichtum verfallen. Eine bessere Entlohnung liegt daher nicht nur im Interesse der Unternehmer, die doch auch in Zukunft gesunde Arbeitskräfte benötigen, sondern auch im Interesse des Staates, der eine gesunde und kräftige Generation erhalten muß. Auch eine andere Erwägung kann man in den Großstädten tagtäglich beobachten. Infolge der knappen Brotkrumen und Mangel an Kartoffeln muß der Arbeiter zu allen edelsten Mitteln greifen. Um den Hunger der Kinder zu stillen, wendet er sich den Wäckerläden zu, wo es für teures Geld noch feinsten Kuchen zu kaufen gibt. Obwohl diese Ware ganz minderwertig ist, muß der Arbeiter zu diesem Mittel greifen. Das gleiche beobachtet man an den sogenannten Pfeifer- oder Gemütskuchen, so ist diese Ware, ebenfalls ohne Rücksicht auf den hohen Preis, binnen kurzer Zeit ausverkauft. Wir könnten noch mehr solcher Erscheinungen anführen, glauben aber, daß die vorstehenden genügen, um nachzuweisen, daß eine bessere Entlohnung der Arbeiter dringend geboten ist. Sollten sich die Unternehmer oder deren Vertreter dieser Notwendigkeit trotzdem verschließen, so ist es Sache der Regierung und militärischen Stellen, die Unternehmer, vor allem jene bei Heeresarbeiten, von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Auch Pflicht der durch das vorkriegsähnliche Hilfsdienstgesetz bedingten Arbeitgeberverbände ist es, mit den Unternehmern in dieser Frage ein ernstes Wort zu reden.

Wjo mehr Lohn, dann wird sich auch der Arbeitermangel im Baugewerbe beheben lassen.
Franz Barth, Dresden.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 19. Februar.
Aus dem Bezirk Bremen ist der Bezirk nicht eingetroffen. Von den 780 Zweigvereinen der übrigen Bezirke berichteten 779. Von ihnen 69 270 Mitglieder waren 2383, oder vom Hundert 3,4 arbeitslos; am vorigen Stichtage von 72 232 Mitgliedern 3336, oder vom Hundert 4,61. Somit ist auch diesmal wieder eine Abnahme der Arbeitslosen eingetreten. In dieser Abnahme nahmen 16 Bezirke teil. In fünf dieser Bezirke, nämlich in Magdeburg, Frankfurt, Götting, Dortmund und Karlsruhe ging das Verhältnis der Arbeitslosigkeit zur Mitgliederzahl sogar wieder unter ein vom Hundert zurück. Drei Bezirke verzeichneten eine Zunahme. Das Verhältnis betrug in diesen an den beiden letzten Stichtagen in Köln/Beleg 12,9 (5,8 am 12. Februar), Erfurt 7,0 (6,4), Nürnberg 5,0 (4,8). Mit 13,9 Arbeitslosen vom Hundert seiner Mitglieder hatte der Bezirk Stettin an den beiden letzten Stichtagen die meisten Arbeitslosen. In einigen Bezirken blieb die Arbeitslosigkeit trotz der Abnahme immerhin noch verhältnismäßig hoch. So betrug die Verhältnis zum Stichtage von Stettin in Breslau 9,8 (10,8), in Ostfild 7,1 (7,9), in Straßburg 6,2 (6,9), in München 6,1 (6,3). Wo sie sonst noch zurückging, stand sie unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Bezirk	Zahl der Mitglieder	Zahl der arbeitslosen Mitglieder	In den berichteten Zweigvereinen		In den berichteten Zweigvereinen	
			Arbeitslose	Prozent	Arbeitslose	Prozent
1. Königsberg	21	21	192,74	917	267	267
2. Bamberg	34	34	182,16	619	149	149
3. Stettin	54	54	186,26	9	194	194
4. Breslau	54	54	285,29	9	309	309
5. Berlin	80	80	140,18	6,52	1	322
6. Magdeburg	85	85	79,77	39	6	46
7. Erfurt	42	42	132,14	2	148	148
8. Frankfurt	15	15	47,77	10	6	49
9. Götting	14	14	38,67	1	4	4
10. Dortmund	17	17	18,33	12	3	28
11. Hannover	45	45	27,69	46	1	62
12. Bremen	—	—	—	—	—	—
13. Hamburg	72	72	48,95	37	9	64
14. Halle	61	61	15,86	106	8	113
15. Dresden	15	15	70,68	189	2	172
16. Leipzig	78	78	28,90	224	34	288
17. Nürnberg	25	25	25,10	86	31	128
18. München	37	37	31,16	156	29	189
19. Stuttgart	9	9	84,6	15	1	19
20. Karlsruhe	16	16	21,90	9	2	12
21. Straßburg	6	6	14,6	4	2	9
Zusammen	780	779	69270	1912	337	14 101 121

Arbeitsmarkt.

Der Zweigeverein kann nicht bekannt: Der Arbeitsnachweis... Der Zweigeverein nahm für Beiträge und Eintrittsgeld für die Hauptklasse...

der Arbeit; dazu erhöht ein Budgetreifer den Bestand auf elf Kollegen. Der Zweigeverein nahm für Beiträge und Eintrittsgeld für die Hauptklasse...

München. (Nachrichtlich.)

Inser Zweigeverein hatte am Schluß des Jahres 1915 2391, am Jahreschluß 1916 2312 Mitglieder. Es wurden im Geschäftsjahr 663 Kollegen neu aufgenommen...

Berichte.

Merseburg. (Nachrichtlich.) Zu Anfang des Jahres 1916 war infolge des Krieges die Bautätigkeit bis in die erste Hälfte des zweiten Quartals hinein ziemlich still.

ausgewählten, die dem Verband angeschlossen wurden. Braunschweig, das für den Zweigeverein in frühlicheren Tagen durch Maß und Stur streifte und gelobte, alles einzuführen...

Bauarbeiter ohne Tarif kommen würden, müßten viele Kollegen auf den Bauten in Dachaug empfinden. Ingeordnete Arbeitsverhältnisse, willkürliche Besetzung bei Stunden- und Akkordlohn sind nur ein paar Beispiele davon.

Am 9. Juli fand eine Bezirkskonferenz für die Zweigevereine statt, deren Mitglieder in Dachaug arbeiten. Hier wurde über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse...

Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende:

Zum Schluß wollen wir noch unsere Dank sagen für die eifrige Mitarbeit aller Kollegen in unserm Zweigeverein. Den Einzelheiten, Vertrauensmännern und Baubeleitern...

Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende:

München. Eine von allen Kollegen besuchte Jahresversammlung fand im Gewerkschaftshaus statt. Anzusehender Redebeiträge waren die Mitgliederzahl auf fünf gestiegen. Ein Zusammenbruch stand bevor.

München. Die Firma Hlsmann, Baugeschäft in Stolpen, hat uns schon mehrfach Gelegenheit gegeben, uns in unterschiedlicher Weise mit ihr im „Grundstein“ zu beschäftigen.

Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende: Die Beschlüsse der Konferenz sind im Wesentlichen folgende:

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a list of names.



Mitteilungen (Zahresbericht) Begünstigt durch einen milden Winter, konnte die Bautätigkeit bis zum Jahresabschluss fortgesetzt werden. Arbeit war im ganzen Jahre genügend vorhanden; es wurden zeitweise fehlende Tage genügend nachgeholt; es wurden außerdem von außerordentlichem Interesse die Ausschüsse, von außerordentlichem Interesse die Ausschüsse. Nur im ersten Quartal hatten wir sehr Arbeitslose. Die mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Abhilfe wurden reiflich genutzt. Durch den Erweiterungsbau der Pulverfabrik in Premnitz konnte der Bedarf an Arbeitskräften durch freie Arbeiter nicht gedeckt werden; es wurde deshalb von der Militärbehörde eine große Zahl Arbeiter auf drei bis vier Monate vom Wehrdienst befreit. Zum größten Teil wurden reiflich Entlassungen mit jenen Kollegen gemacht. Das Verhalten mancher Kriegsgefangenen liegt im ungeliebten Verhältnis zu dem des Wehrdienstes, es fehlt auch an der Möglichkeit, regelmäßig Besprechungen abzuhalten, da uns nicht immer die nötigen Räume zur Verfügung stehen. Wir hatten am 1. Januar 1918 218 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1917 218 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1917 218 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1917 218 Mitglieder.

Vom Bau.

Infälle. Am 17. Februar stürzte der Kollege Martin Baumann, der am Neubau eines Maschinenhauses der chemischen Fabrik in Luban bei Posen beim Ausgleichen eines Wagens beschäftigt war, aus einer Höhe von über 4 m durchs Fenster nach außen ab, wobei er sich in schwere innere Verletzungen ausgesetzt sah. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn die Außenbrüstung in Ordnung gewesen wäre. — Auf Grube Leopold bei Wittorf stürzte ein Arbeiter, der beim Abfahren eines Wagens beschäftigt war, von der Höhe von 8 m tief ab. Er stürzte in eine große Kalkgrube, wobei er sich in schwere innere Verletzungen ausgesetzt sah. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn die Außenbrüstung in Ordnung gewesen wäre. — Auf Grube Leopold bei Wittorf stürzte ein Arbeiter, der beim Abfahren eines Wagens beschäftigt war, von der Höhe von 8 m tief ab. Er stürzte in eine große Kalkgrube, wobei er sich in schwere innere Verletzungen ausgesetzt sah. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn die Außenbrüstung in Ordnung gewesen wäre.

Briefkasten.

Alfred Jacuete im Felde. Die Zentralratentasse der Bauarbeiter Deutschlands ist keine Gratzkasse, sondern eine Zuschusskasse. Auf diese bezog sich unsere Note über die freiwillige Versicherung der Kriegsteilnehmer in Nr. 6 des „Grundstein“ nicht. Die Mitglieder der genannten Zuschusskasse (siehe nach der Sendung bei ihrem Eintritt in den Militärdienst aus dem Felde aus) sie können aber nach ihrer Entlassung aus dem Militärdienst, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, innerhalb vier Wochen wieder in ihre Rechte eintreten, wenn sie erklären, daß sie gesund sind.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 19. bis 25. Februar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gelebt: Angerburg M. 50,80, Bielefeld 50,15, Bremerhaven 21,25, Blumenhof 4,50, Bielefeld 5,70, Groß-Steinort 184,40, Bernsdorf b. Berlin 1,20, Angollstadt 2,50, Neumannstr. 100, Odenwälder 9, Schley 91,20, Schwärz in Mecklenburg 700.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. Februar starben das Mitglied **Herrn Hoffmann** (Bauer) im Alter von 47 Jahren an Herzschlag und **Gottlieb Dzillack** (Maltzspanner) im Alter von 65 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 19. Februar starb das Mitglied **Wilib. Schickgramm** (Bauer) im Alter von 77 Jahren an Altersschwäche. — Am 20. Februar starb das Mitglied **Wilhelm Schmidt** (Maurer) im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 21. Februar starb das Mitglied **Gustav Kraege** (Maurer) im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 22. Februar starben die Mitglieder **Friedrich Pöggel** (Schiffarbeiter) im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung und **Friedrich Schulz** (Bauer) im Alter von 72 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 23. Januar starb der Kollege **Wilhelm Josef** (Maurer) aus Rastenburg im Alter von 60 Jahren an Wasserfucht. — Am 1. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Kemmers** (Schiffarbeiter) im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 16. Dezember starb der invalide Kollege **Emil Merkel** (Schiffarbeiter) im Alter von 54 Jahren. — Am 17. Februar starb unser Mitglied **Emil Hirschitz** (Maurer) aus Sibirien im Alter von 41 Jahren an Zuckerkrankheit. — Am 19. Februar starb unser Mitglied **Paul Jensch** (Maurer) im Alter von 77 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 20. Februar starb unser Mitglied **Frankfurt a. M.** Am 18. Februar starb unser Kollege **Johann Folger** aus Erzhausen. — Am 6. Februar ist unser Kollege **Karl Heller** nach langem Leiden verstorben. — Am 15. Februar starb unser Mitglied **Job. Korschanski** (Maurer) an Arterienverkalkung. — Am 19. Februar starb unser Mitglied **Carl Wäger** (Plattenschleifer) im Alter von 50 Jahren an Herzleiden. — Am 20. Februar starb unser Mitglied **Hinz Wagner** (Maurer) im Alter von 77 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 21. Februar starb unser Mitglied **Dirkberg i. Schl.** Am 7. Februar starb unser Mitglied **Albert Klans** (Schiffarbeiter) im Alter von 46 Jahren. — Am 14. Februar starb unser Vorstandsmitglied **Kollege Friedr. Voges** (Maurer) im Alter von 48 Jahren an der Prostataentzündung. Er hat viel Kriegslust und während seiner langen Krankheit bis zum Tode die Geschäfte unseres Zweigvereins geführt. — Am 18. Februar starb der Kollege **Johann Mayer** aus Fiedersleben im Alter von 47 Jahren an Magenkrebs. — Am 20. Februar starb der Kollege **Karl Merkel** aus Malfeld im Alter von 80 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 5. Februar starb unser Mitglied **Heinrich Polster** (Maurer) im Alter von 51 Jahren. — Am 18. Februar starb unser Mitglied **Sebastian Eckmann** (Maurer) im Alter von 49 Jahren an Nierenleiden. — Am 20. Februar starb der Kollege **Martin Wacławski** (Maurer) infolge eines am 17. Februar erlittenen Schlaganfalls im Alter von 62 Jahren. — Am 19. Februar starb der Kollege **Jakob Villard** (Schiffarbeiter) im Alter von 35 Jahren an Knochenbrüchigkeit. — Am 21. Februar starb unser Kollege **Friedrich Mittag** infolge eines Herzschlages. (Ehre ihrem Andenken!)

Vom Mittelkanal. Von einer öffentlichen Versammlung, die kürzlich vom vorbereitenden Ausschuss der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittelkanals in Magdeburg abgehalten wurde, sprach Bauart Conrath aus Berlin über die abgeänderte Führung der südlichen Linie des Kanals und ihre Abwechslung zur Saale. Nach den früheren Plänen sollte die südliche Linie, ebenso wie die nördliche, unterhalb Magdeburg, bei Heintzschberg, in die Elbe einmünden. Die neue Führung stellt aber eine Einmündung bei Galtze, oberhalb Magdeburg, vor. Dadurch werde der Kanal um 22 km länger und durch drei Schlingen beengt. Der Witterung zur Elbe durch drei Schlingen beengt, der Rücklauf der Vögel sei gefährdet. Vorgehen sei ein Stützkanal nach Bernburg, wo er in drei Schlingen zur Saale abfließen soll. Durch diesen Zweikanal und die anschließende Saale werde das Spinnrad gestillt, werden sich auch die nördliche Linie und ein Umgehungskanal, der auf dem rechten Ufer, zur Umgehung des Elberfeldes durch die Vöde, oder von Galtze bis in die Gegend von Wolmirstedt führt. Mit diesem Umgehungsplan, der auch ohne den Mittelkanal notwendig ist, werden auch die Anstänger der nördlichen Linie. Nach einem weiteren Vortrag des Bauart Conrath wurde die südliche Linie des Kanals zum Teil durch die Anstänger, in der Hauptlinie aber durch Zylinder im Darg gepulst werden. Als solche seien vorkünftig ein Bode, zwei im Gebiet der Elbe, jedes im Gebiet der Elbe. Durch sie würden sich 140 Millionen cbm Wasser aufspeichern, die einen Abfluß von 7,5 Sekunden-Rohrleistung gewährleisten. Dieser Abfluß wäre größer als der Bedarf. Die Kosten dieser Arbeit, ohne den Bau der Kanäle, belaufen sich auf 27 Millionen. Einzigartig würde jedes dem Kanal angeführte Rohr Wasser auf 1/2 s kommen. Während die Anstänger der nördlichen Linie den Anhängern der südlichen Linie Strukturpolitik vorzuziehen, erklären die letzteren, sie ziehen mit der nördlichen Politik. Doch die südliche Linie werde den Anhängern der nördlichen Linie den Weg des Schieferer Politik auf dem Wasserwege ermöglicht und die Möglichkeit geboten, sowohl die Holz- und Holzschäfte des Garges und die Ergebnisse der Industrie wie die Ergebnisse der Landwirtschaft auf dem Wasser zu verpacken zu können. Das ganze Gebiet würde dem Kanal lauter sein, könne zur Kammern für das rheinisch-westfälische Industriegebiet werden.

Eingegangene Schriften.

Monopolfragen und Arbeiterfrage. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Sue und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßen. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis broschiert M. 4, gebunden M. 5. — Die Herausgabe dieses Buches ist vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei und von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands angeregt worden. Es soll die Grundlage für die Diskussion der für die Arbeiterfrage außerordentlich wichtigen Monopolfragen geben. Wir behalten uns eine ausführliche Besprechung des Buches vor.

Handwerksnischen Leid und Freud. Dichtungen und Klieder aus dem Kunden- und Wanderleben von Otto Kaufmann. Preis M. 1. — Es läßt sich über dieses Gedichtbuch mit dem besten Willen nicht viel Gutes sagen. Unter dem vielen Gedichten, die auf 200 Seiten vereinigt sind, ist wohl kaum eines, das ein wirkliches Kunstwerk wäre. Die meisten der Gedichte sind platte Reimerien und die wenigen, die etwas Stimmung atmen, fehlt es an jener künstlerischen Form, die mit einigen andern Dingen das Wesen des guten Gedichtes ausmacht. Dem Verfasser ist allerdings zugute zu halten, daß er nur ein einfacher Arbeiter ist; aber war es denn wirklich nötig, diese Gedichte zu drucken? Wir können die Anschaffung des Buches unsern Kollegen nicht empfehlen.

Den „Grundstein“ mehr lesen!

In letzter Zeit ist es uns besonders fühlbar geworden, wie oberflächlich selbst Funktionäre unserer Zweigvereine den „Grundstein“ lesen. Wir haben daher in die Hände unserer Mitglieder, weshalb die „Grundstein“ heute vielfach zu spät in den Zweigvereinen eintreffen, und haben erklärt, daß Beschwerden abgedruckt sind. Wir haben auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Versandstelle des „Grundstein“ das „Correspondenzblatt“ und die „Arbeiter-Jugend“ so spät erhält, daß sie den Grundstein heute vielfach zu spät in den Zweigvereinen rechtzeitig bezogen werden können, und daß auch hier Beschwerden nutzlos sind. Trotzdem hat die Versandstelle des „Grundstein“ auch in der letzten Woche wieder einen ganzen Stapel Anfragen und Beschwerden wegen der noch nicht eingetroffenen „Grundsteine“, der „Arbeiter-Jugend“ und der „Arbeiter-Jugend“ erhalten. Wir teilen deshalb hier noch einmal mit, daß die Verzögerung der „Grundstein“ zustellend auf die Heberlastung der Post zurückzuführen ist. Die Pakete werden in Hamburg alle rechtzeitig zur Post gegeben, bleiben aber manchmal, teils hier, teils unterwegs, längere Zeit liegen. An und nicht nutzlos Beschwerden nach Hamburg zu schicken. Was der Verbandsrat selber nicht hat, kann er auch nicht an die Zweigvereine senden.

Unsere Arbeitsvermittlung im Januar.

Dem Kaiserlich Statistischen Amt sind 71 Nachweise und die Zentralstelle angehängt. Fragen hat seine Nachweisstelle nicht wieder eingeklärt. Zeit wurde neugegründet.

Uebersicht

über die erfolgte Vermittlungstätigkeit.

Im Monat Januar	anwärter	mitgeteilt	vermittelt	abgelehnt	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige
wurden angefordert	1543	653	227	15	11	12	161	12	2624
vermittelt	476	248	128	12	8	4	16	11	903
Von den 2624 angeforderten Arbeitskräften konnten 903 vermittelt werden; das sind 34,7% auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilte sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Arbeiter 30,85, Bauhilfsarbeiter 37,97, Betonarbeiter 66,88, Stukkaturer und Putzer 80, Heilmaler 72,72, Hofmeister und Steinholzer 33,33, Erdarbeiter 10,59, sonstige Arbeiter 91,66.									

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Frei Raepow). Verantwortlicher Redakteur: H. Ellinger. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Huer & Co. in Hamburg

Peter Welzbacher Maurer, geboren 15. März 1868 in Wainaschaff, 1888 in Wainaschaff, nach Nordfir ankreise, im Alter von 48 Jahren, am 20. November 1916 ist seine Frau ohne Nachlicht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen sich seiner Frau **Mathilde Welzbacher** in Wainaschaff bei Wainaschaff mitteilen.

Versammlungen. In Guben, Mittwoch, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Friedenshalle. Sehr wichtige Tagesordnung!